

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.

Anzeigerpreis: Die fünfzehntägige Korrespondenz 30 Bf.

Anzeigerannahme in der Geschäftsstelle dieses Anzeigers, Zeitstraße 6 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Briefe sind vollständig anzugeben müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erhalten wöchentlich 3 mal, und zwar Mittags, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Betriebsleiter des Anzeigers: nach unten Geschäftsstelle 178 Bf. von unten unten ins Haus gebracht 195 Bf. und durch den Briefträger 185 Bf.

Betriebsleiterin und monatliche Besage werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitstraße 6, auch von unten unten und allen Wohnstätten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 113.

Donnerstag, den 25. September 1919.

138. Jahrgang.

## Neue Entscheidungen.

Bisher ist die Entente nicht von ihren Erklärungen abgewichen, daß sie an dem Prozeß gegen den deutschen Kaiser, die Deutschen Staatsmänner, Landesverwalter festhalte, obwohl schon Stimmen laut wurden, das Gerichtsverfahren werde nicht stattfinden, weil in England und Amerika weite Kreise dagegen seien. Man kann nach der jüngsten Wiener Veröffentlichung über die Vorgeschichte des Krieges wohl annehmen, daß der Prozeßschluß tatsächlich abgesehen werden wird, denn es liegt nunmehr fest, daß die maßgebenden deutschen Kreise Österreich gegenüber lediglich ihre Bündnistreue betont, aber das Kriegsultimatum des Wiener auswärtigen Ministers Grafen Berchtold nicht vorher gekannt, und ebensowenig mit bestimmten feindlichen Absichten Englands und Frankreichs gerechnet haben. Es bleibt also nichts von einer Schuld, das heißt von einer bewußten Täuschung, die dem Prozeß zugrunde liegt, übrig.

Es ist vorzuziehen, daß die für das Österreichische Ultimatum an Serbien verantwortlichen Stellen jetzt erklären werden, daß ihnen ebenfalls nichts ferner gelegen habe, als den Weltkrieg zu entzünden, sondern daß nur der Konflikt mit Serbien habe aus der Welt geschaffen werden sollen. Wenn es feststeht, daß die russische Kriegserklärung zum Beginn der Feindseligkeiten entschlossen war, so hätte allerdings der Österreichischen Regierung ein milderes Ultimatum auch nichts geholfen. Jedenfalls hätte sie aber vermeiden müssen, die Note nach Belgrad abzugeben, bevor die Reichler Stellen von dem Wortlaut des Schriftstückes Kenntnis erhalten hätten. Gerade weil der deutsche Kaiser und der Reichskanzler sich an dem Abenden des Bündnisses handelten, mußte es für sie selbstverständlich sein, vor dem allerletzten entscheidenden Schritte in Wien die genaueste Information zu erheben.

Wäre die Friedensliebe bei der Entente größer gewesen, hätte sie die Finge nicht so zu überlagern brauchen, wie es geschehen ist. Wenn Rußland Serbien nicht Österreich-Ungarn ausliefern zu lassen gedachte, so mußte es vor allen Dingen abwarten, was mit Serbien geschehen würde. Und England hätte nicht nötig, sich für Rußland so, wie es geschehen ist, ins Zeug zu legen. Nachdem wir uns der Zweifrontenkrieg entziehen war, blieb jedenfalls für uns nichts übrig, als den Kriegsschluß des russischen Generalfeldmarschalls Grafen Schlieffen, den Einmarsch in Belgien, zur Ausführung zu bringen. Bei einem Angriff nur gegen die französischen Grenzbesatzungen hätten wir uns nutzlos geopfert.

Wenn die Entente eine Schuld Deutschlands am Weltkriege auf Grund der neuen Feststellungen verneinen muß, so kommt sie vielleicht auch zu einer vernünftigen Berechnung der Kriegskostenentschädigung, die 665 Milliarden berechnet hatte. Der französische Abgeordnete Marin, hat in der Kammer der Deputiertenkammer nur 445 Milliarden herausbekommen, und auch das ist ein Betrag, bei dem nur der „Sieger“, aber nicht die den abnehmenden Verlusten aus diesen Betrag nicht zahlen kann, ist außer Zweifel. Er muß daher erzwungen werden. Wenn Paris und London Zeitungen geschrieben haben, wir brauchen ja nur zu arbeiten, um unseren Verpflichtungen nachzukommen, so muß die Entente dazu bedenken, daß wir Geld zum Kauf der Arbeitsmittel und der Nahrung haben müssen. Wenn alles Geld nur an die große Ententeelasse abgeliefert werden soll, erzieht zudem die Lebensfreude. Und ist die fort, so hört auch bei dem fleißigen Menschen die Arbeitsfreude auf. Es bedarf also neuer Entscheidungen, die der Wirtschaft Rechnung tragen. Doch wir nicht weniger Steuern zu zahlen haben werden, als die Briten, tote der Friedensvertrag besagt, werden über können sie ganz ohne Sorge sein.

## Preussische Landesversammlung.

Berlin n, 23. September 1919.

Die Sitzung wurde mit kleinen Anfragen eröffnet. Abg. Dr. Rosenfeld fragt, ob es richtig sei, daß die Berliner Polizei militärisch organisiert werden solle.

Ein Regierungsvertreter erwidert: Die Verneinung der Gefahren durch das zunehmende Verbrechertum machen es notwendig, den Sicherheitsdienst besser als bisher auszugestalten. Es muß dafür Sorge getragen, Mannschaften in genügender Zahl in Bereitschaft zu halten, die im Wassergebrauch genügt sind. Sie müssen durch ihre Unterbringung vor Angriffen geschützt werden, wie sie heute in ihrer Privatwohnung ausgesetzt sind.

Der Abg. Gerschbach (Deutsch. Fr.) fragt ob dem preussischen gehobenen Unterbeamten eine gleiche Behaltszulage gewährt werden soll, wie den gleichen Beamten der Reichsverwaltung.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Angelegenheit nach der Prüfung unterliege.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushaltsplanes für das

## Ministerium für Volkswohlfahrt

vergeht. Abg. Dr. Moldenhauer (D. Fr.): Bei der Volkswohlfahrtspflege kann die Hilfe der Kirche nicht entbehrt werden. Wegen politischer oder konfessioneller Bedenken darf keine zurückgelassen werden. Bei der Erziehung der Jugend darf der Staat nur helfen, soweit die Frauen sich ökonomisch erweisen. Die Jugendberziehung muß weniger mit dem Staat, als mit Hilfe und Liebe erfolgen. Sie muß des Hochschulars entzogen werden. (Ehrlich richtig) Vorbildlich findet die amerikanischen Einrichtungen. Den sozialdemokratischen Antrag, das Gesundheitswesen zu sozialisieren, lehnen wir ab.

Ein Vertreter der Zentralabteilung: Die Erklärungen an Alkohol auf ein Minimum gekürzt. Die Frage der Sozialisierung des Gesundheitswesens ist noch nicht gelöst.

Abg. Zimmer (Soz.) verlangt in der Gesundheitspflege mehr vorbeugende Maßnahmen.

Abg. Frau Bauer (Fr.) schildert die umfassende Tätigkeit der kirchlichen Vereine auf dem Gebiete der Volkswohlfahrtspflege.

Nach weiterer Aussprache wird der Etat angenommen, ebenso die Anträge zur Förderung der Gesundheitspflege und des Wohnungswesens. Darauf vertagte sich das Haus am Mittwoch.

## Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Es wird beschließt, mit den Engländern n über einen Gesamttransportdispositionsplan zu verhandeln, welcher den Transport aller Kriegsgefangenen aus England nach Deutschland umfasst. Die Belgier haben sich bereit erklärt, die Belgischen Kriegsgefangenen zu transportieren zu je 1000 Mann schicken, und zwar auf dem Schienenwege. Von einem Abtransport zu Fuß ist offiziell nichts bekannt. Die Amerikaner sind bereit, die in Amerika befindlichen Deutschen zurückzuführen.

Ueber Erdhäftlingen kommen russische Rückwanderer in kleinen Abteilungen von 10 und 20 Mann andauernd an. Der Gesundheitszustand, die Stimmung, und die Haltung der Mannschaften ist im allgemeinen vorzüglich.

Unfähig der Rücktransport geben viele Leute darauf aus, den Staat zu verlassen, indem sie sich fälschlich für Kriegsgefangene ausgeben. Das Publikum sollte die Behörden in dem Vorgehen gegen solche Schwärmer unterstützen.

Am 25. September geht der amerikanische Transportdampfer „Locapontas“ von New York nach Rotterdam ab. Er hat alle in den Vereinigten Staaten befindlichen und jetzt freigelassenen Kriegsgefangenen an Bord. Juridischer mit demselben Dampfer noch 35 Deutsche, denen die Einwanderung jetzt verweigert wurde.

## Neue Streiks.

Zer Eisenarbeitertreue in Bremen

Die Bremer Eisenarbeiter sind bereits die hiesigen Arbeiter mit den Bremer Hafenarbeitern solidarisch erklärt haben und in einen Sympathiestreik eingetreten sind, hat ein solcher Sympathiestreik, mehr als in allen deutschen Handelsbetrieben, eingeleitet, nach einem Bericht aus Bremen haben die Hindenburg-Beschlagnahme der Unternehmern am Dienstag vormittag offiziell in den Sympathiestreik für die Bremer Eisenarbeiter eingetreten.

Frohener Generalstreik der Metallarbeiter in Berlin.

Die Vertrauensleute und Obleuten der Metallindustrie in Berlin beschloßen einstimmig, den Metallarbeitern den Generalstreik zu empfehlen. Die letzte Entscheidung liegt bei den Arbeitern in den Einzelbetrieben, die am Dienstag mittag abstimmen.

Die Tarifbewegung in der Dammstadt-Hütten- und Metallindustrie.

Droht sich zu einem gewaltigen Kampfe auszuweiten. Die Mittwochabend muß die Abstimmung der Arbeiterschaft, die über den Eintritt in den Streik entscheiden soll, erfolgt sein. Die Mitglieder der christlichen Metallarbeiter-Vereine, eines Teils der Dammstadt- und Hüttenvereine sind am Sonntag zur Schlichtung Stellung und können über eine eventuelle Arbeitsniederlegung ab. Um eine Beeinflussung der nachfolgenden Beschlüsse zu vermeiden, wurde das Stimmergebnis nicht festgestellt.

Metallarbeiterstreik in ganz Amerika.

Der sich über ganz Amerika erstreckende Stahlarbeiterstreik hat am Mittwochabend des 22. September begonnen. Meldungen aus Pittsburg, Chicago, Cleveland und anderen Orten besagen, daß Laufen der Arbeit niedergelegt haben. Die Angaben über die Ausdehnung des Streiks lauten jedoch bisher widersprechend, beispielsweise erklären in Pittsburg die Beamten der Gesellschaft, daß die meisten Betriebsanlagen mit verringerten Arbeitskräften arbeiten. Die Arbeiterführer dagegen erklären, daß der Streik in feiner ganzen Größe erst in zwei Tagen zur Geltung kommen werde.

## Bur Lage.

Das Zusatzprotokoll zum Friedensvertrag. Friedrich v. Lersner unterzeichnete in Versailles in geschlossener Sitzung das mit den alliierten und assoziierten Regierungen vereinbarte Protokoll betreffend Artikel 61 der Weimarer Verfassung. Auf Seiten der Alliierten unterzeichnete für Frankreich Großadmiral Jules Gandon, für England Sir Eyre Crowe, für Amerika Unterstaatssekretär Post, für Italien Minister Scialoja, für Japan Großadmiral Mikami. Am 1. Oktober steht die deutsche Friedensdelegation um die Alliierten in Paris in der Nähe des Marsfeldes zwei Gebäude. Langina befreit die Bekämpfung von Luft, doch er gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages sei. Er empfiehlt seine Annahme.

Entliche Note wegen Birtensfeld. Freiberger von Lersner übergab Birtensfeld eine Note, in der gegen die Haltung des Majors Birtensfeld protestiert wird, in demselben von Unruhen in Birtensfeld versucht hatte, in diesem Lande eine unabhängige rheinische Republik auszurufen.

Zer Auslösung der Nationalversammlung zur Beratung des Betriebsratengesetzes begann seine Beratungen. Er beschloß, die Einladung der industriellen Verbände zur Teilnahme an einer Aussprache über das Gesetz anzunehmen. In der Generaldebatte erklärte der Berichterstatter, Abg. Erlangen (Dem.), den Grundgedanken des Gesetzes für gut, seine Ausführung aber für falsch. Gewerkschaften und Unternehmerverbände äußerten zur Vertretung der beiderseitigen Interessen. Der Berichterstatter legte einen von ihm ausgearbeiteten Vorschlag an dem Gesetz Entwurf vor. Er betonte an dem Regierungsvorlage, daß diese in ihrer Tendenz zum Sozialismus in den Betrieben führen müsse. Abg. (Fr.) beantragte die Gegenfrage. Leider haben die Betrieben immer noch die Gegenfrage, daß auf der einen Seite verlangt würde, radikal zu sozialisieren, während andererseits die Unternehmer diffamierend herrschen wollen. Der Betriebsrat müßte alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt vertreten sein.

Zer Haushaltsentscheidung der Nationalversammlung am Dienstag keine erste Sitzung in Berlin ab. Man beriet den Etat des Reichsfinanzministeriums. Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt blieben abnehmend dem Antrage des Berichterstatters, Abg. Witten (N. S.) unverändert. Bei der Erörterung über den Reichsfinanzhaushalt kam es zu einer allgemeinen Debatte infolge von Mitteilungen des Finanzministers über die Durchführung der Reichsfinanzordnung. Minister Grabberger betonte: In guten bestehenden Steuerorganisationen, wie in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen werden kaum etwas zu ändern sein, in Preußen und in anderen Staaten müsse jedoch gründlich reformiert werden. Im ganzen Reich müßten 25 Landesfinanzämter mit je einem Präsidenten an der Spitze errichtet werden. Der Minister forderte die Anstellung eines weiteren aus der Beamenschaft hervorgegangenen Unterstaatssekretärs als Vertreter des Ministers.

Neue Regierungsvorläufe. Die Preussische Staatsregierung hat das Geheimen Reichsratsrat und vortragenden Rat im Ministerium des Innern, Reichherren von Frau n zum Reichsminister der Finanzen in Gumbinnen, den Amtsgerichtsrat Dr. Helger als Stimmräten zum Präsidenten der Regierung in Gumbinnen, den Schriftsteller Ludwig Bartels als Kronrat, Dr. O. zum Präsidenten der Regierung in Frankfurt a. O., den Stadtrat Dr. Hausmann die Stelle zum Präsidenten der Regierung in Gumbinnen ernannt. Der zum Präsidenten von Stimmräten ernannte Amtsgerichtsrat Dr. Helger ist Mitglied der Zentrumskräfte der preussischen Landesversammlung. Der Schriftsteller Bartels ist Sozialdemokrat und der Stadtrat Dr. Hausmann Demokrat.

Die Abstimmung in Nordischleswig kann, wie ein Berliner Korrespondent nach Danemark dröhrt, wegen der Hinauszögerung der Ratifizierung des Friedensvertrages in Frankreich und Amerika in der ersten Phase in Schleswig erst Mitte November stattfinden, die Abstimmung in der zweiten Phase kann sogar erst 1924 vorgenommen werden.

Finanzkonferenz in Bamberg. Unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers Dr. Edelmann-Berlin sind in Bamberg die Finanzminister der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen und Baden in einer Sitzung versammelt. Die Beratungen werden nach Lage in Anspruch nehmen und dienen einer Aussprache über die Finanzlage der Einzelstaaten. Der Bundesrat kommt aus der preussischen Minister für öffentliche Arbeiten, Celer, bei.

Erhöhung des Weltportos? Der hiesige Postminister erklärte, es sei wahrscheinlich, daß vom 1. Januar 1920 an das Weltpostporto für Briefe von 10 auf 12 Cent in Höhe von 100 Bf. werde. Die dem Weltpostverein angehörenden Staaten hätten sich mit großer Mehrheit für diese Erhöhung ausgesprochen. Dies wird von unterrichteten Stellen bestritten. Da dem Weltpostverein über 70 Vertragsstaaten angehören, wäre es





# Aufruf!

Den vielen vaterländischen Pflichten und Aufgaben anderer erkenne ich die Sorge für die heimatslos gewordenen Auslandsdeutschen hinzu. Die **Rückwandererhilfe** — dieses großzügige Liebeswerk — will unseren unglücklichen Volksgenossen Unterstützung mit Rat und Tat bieten. Täglich kommen deutsche Rückwanderer in die alte Heimat zurück. In schamloser Weise sind sie in den feindlichen Ländern behandelt worden. Kostbare Menschenleben gingen zugrunde, und ihr Hab und Gut wurde verhehret. Es gilt, Schwachen und Weichen, die hoffnungslos nach Deutschland heimkehren, angemessene Hilfe zu bieten. Das ist Aufgabe der

## „Rückwandererhilfe“

Mit Durchführung der Sammlung im Landkreise Weißenfels habe ich die **Geschäftshalle für Sammelzwecke in Weineisch** (Vehrer Dammiger) beantragt. Ich bitte die so oft bewährte angeschlossene Organisation um tatkräftige Mitarbeit, den Erlös zu einem Ehrenmal der Kreisbewohner zu stifteten. Näheres und Material geht den Herren Ortsamtsstellenleitern durch die Geschäftshalle in Weineisch zu. Alle Beiträge nimmt die **Reisekommission** in Weißenfels dankbar entgegen.

**Kreisbewohner! Zeigt auch jetzt wieder Eure so oft bewiesene Opferfreudigkeit! Rat und Geld sind groß. Nieder aller politischen Parteien kommen in Frage. Schnelle Hilfe tut not!**

Weißenfels, den 15. September 1919.  
Der Landrat. Variels

## Lebensmittel.

Am **Freitag, den 26. September 1919** von nachmittags 3—4 Uhr werden in den Bezirksstellen die **Brotmarken** für die Zeit vom 29. September bis 12. Oktober 1919 auszugeben.

Zum Verkauf kommen:

1. Am **25. September 1919** in den Butterverkaufsstellen von Dörfelern, Kupich, Reißer, Bengelcher und Müller a) auf die Feinmark Nr. 26 **100 Gramm Margarine** zum Preise von 70 Pfg.

2. Am **25. September 1919** bei der Handelsfrau Dörfelern auf die Verkaufsummern 591—900 für jede Person  $\frac{1}{2}$  **Pfund Quark** zum Preise von 55 Pfg. Brotmarkenzettel sind vorzuliegen.

In der städtischen Kartoffelausgabestelle „Mädchenschule“ an die Anbieter von Brotmarkenzetteln, welche in diesem Jahre keine Kartoffeln haben, **14 Pfund Kartoffeln** für 2 Wochen zum Preise von 1,40 Mk.

Die Ausgabe geschieht:

an die Familienanfangsbuchstaben A—H am Donnerstag, den 25. 9. 19, von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags, an die Familienanfangsbuchstaben I—P am Freitag, den 26. 9. 1919 von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags, an die Familienanfangsbuchstaben Q—Z am Sonnabend, den 27. 9. 19, von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags.  
Leuchtern, den 24. September 1919.  
Der Magistrat. Zimmermann.

## Kartoffel-Winterbedarf.

Diejenigen Haushaltungsanstalten, welche ihren Winterbedarf an **Kartoffeln zur Selbstverköstigung** beziehen möchten, wollen sich während der Vormittagsstunden in die im Rathaus (Stadtverordnetenversammlungssaal) bis 27. d. Mts. offenliegende Liste eintragen lassen. Hierbei ist die **Sorte der Haushaltungsangehörigen** und der Name sowie Wohnort des Bewohners anzugeben, von dem die Kartoffeln bezogen werden sollen.  
Leuchtern, den 24. September 1919.  
Der Magistrat. Zimmermann.

## Deutschnationale Volkspartei.

Sonnabend, den 27. Sept., abends 8 Uhr

**öffentliche Versammlung** im Norddeutschen Hof in Leuchtern.

Abgeordneter Herr Rektor Herrmann, Freibersdorf wird über die politische Lage sprechen. Alle Bewohner von Leuchtern u. Umgegend werden eingeladen, sich die ansprechenden u. packend u. Ausführungen des gewandten Redners anzuhören.  
Der Vorstand der Ortsgruppe Leuchtern der Deutschnationalen Volkspartei.

## Beamtenvereinigung

Leuchtern und Umgegend.

Freitag, den 26. Sept. 1919, abends 8 Uhr in Verhohls Restaurant

## Mitgliederversammlung.

Tagesordnung wird durch Zirkular bekannt gegeben. Gäste (Beamte und Lehrer) willkommen.  
Der Vorstand.

Zur bevorstehenden Bedarfszeit empfehle.

**Demmerherde  
billige Kochöfen  
Kanonenöfen  
Dauerbrandöfen  
Ofenrohre  
Feuertüren  
Essenschieber**

in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Ferd. Gresse.

Treffs Freitag zum Wochenmarkts mit frischen

## Seefischen

ff. neuen **Zettheringen** sowie **Ränderwaren** ein. Empfehlung billigt.

Fr. Beder.

**Pa. Delicate-Sauerkraut Pa. Jaumb. Salzgurken**

offertiert in Ladungen sowie in einzelnen Tonnen und Drehosten zum billigsten Tagespreis.

**Erwald Schob, Zeit Konjunkturfabrik und Einlageerei.** Telefon 712.

4 Morgen **Ackerland**

gekauft oder im Ganzen sofort zu verkaufen  
**Albin Samann, Hohlstr. 3.**

## Wirrhaar

kauft zu hohen Preisen auch empfiehlt sich in Anfertigung sämtlicher Haararbeiten

**Albert Herrmann** Herren- und Damen- Friseurgeschäft Steinweg 6.

## Vitriol

zum Weizenanmachen empfiehlt **Paul Sahn, Weißenfels a./S.**

## Ein Springbock

Recht zur Benutzung **Größen 18.**

## Bettmässen

Abfertigung sofort. Alter und Geschlecht aneben. Auskunft umsonst.  
**Centas, Hirtstr. 26.**

Einige Kuben **Dünger**

zu verkaufen **Schützenstr. 5.**

**Läuse** mit Brut tödtet sicher „Juckerol“ zu haben b. **Hermann Pohle**

## 100 Mark Belohnung

erhält derjenige, welcher mir meinen Elektromotor, der in der Nacht vom 22. zum 23. September aus dem Lagerbau gestohlen worden ist, wiederbringt.  
**P. Krug, Runtthal.**

Die Anmeldungen zur

## Volksbochschule

finden statt:  
**Sonntags v. 11—12 Uhr  
Werktags v. 5—6 Uhr**

## Leuchtern Schützenplatz

(Gemütliche Ecke) **W. Billes Kunstfiguren Theater.**

Freitag, den 26. Sept. 1919 wird aufgeführt

Neu! **Almenrausch u. Edelweiß** oder **Schuld und Ehre.** Schauspiel in 5 Akten. Es ladet freundlich ein **W. Bille** Wegen großer Unkosten Eintritt 1 Mark.

Für die uns aus Anlass unserer **HOCHZEIT** erwiesenen Anmerkensamkeiten u. Geschenke sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank.

**Heinrich Penndorf u. Frau** Martha geb. Schwabe. Runtthal.

Eine große **Magd** bei hohem Lohn gesucht.  
**Wilschütz, Gut 6.**

## Von Originalweckgläsern

find wieder in größeren Mengen eingetroffen:  
 $\frac{1}{2}$   $\frac{3}{4}$  1 1 $\frac{1}{2}$  und 2 Liter hohe Formen und empfehle dieselben zu Originalpreisen.

Ferd. Gresse.

## Neu eingetroffen!

Leiterwagen, Kastenwagen, Kinderklappstühle und große Klappstühle sowie Kleiderschränke, Vertiko, Sofa, Bettstellen in hell und dunkel, Stahl-Matratzen, gute feine Auflage-Matratzen, komplette Schlafzimmer-Einrichtung u. Küchen-Einrichtung, Sofa-Tische, Ausziehtische usw.

**Kaufhaus Albin Schieke.**

Gebrauchter

**Küchenschrank und Küchentisch**

billig zu verkaufen

D. D.

## Geschäftshaus Emil Schieke

Zur goldenen Ecke.

Das Neueste in **Herren-, Burtschen- u. Knaben-Äffern, Anzügen, Hosens**

eingetroffen. Ferner das Neueste in **Damen-, Badisch- und Kinder-Hüten** sowie **sämtliche Futaten** billigst. Auch von mir nicht gekaufte Hüte werden sofort geschwabboll ungearbeitet.

## Beste Reisstärke

1 Pfund 16 Mark

empfecht

Ferd. Gresse.

## Briefpapierkassetten

zu haben bei

Otto Lieferenz.

## Gasthof „zum grünen Baum“

Sonnabend, den 27. September

Gastspiel der „Leipziger Volksbühne“.

Direktion: Bruno Jahn.

## Wenn Ehemänner schwindeln ..

Schwank in 3 Akten v. D. Wolf. Spielleitung: Oskar Jahn. **Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.** Preise der Plätze: (Nur an der Kasse, kein Vorverkauf) 1. Platz 1,50, 2. Platz 1,00 Mark.

Nachmittag **Kindervorstellung**

**Aschenbrödel.**

Nächster **Freiverlosung**. Hauptgewinn: „Eine Tafel Schokolade“ Einlaß 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Preise: 50, 25 Pfg.

Es ladet ergebenst ein

Die Direktion.

## Arbeiter-Turnverein Schortau.

Zu unserm am

**Sonntag den 28. September**

stattfindenden

## Abturnen mit Ball

Anfang 3 Uhr **Nachmittag** der Vorstand.

ladet herzlichst ein

Zum 1. Oktober ein sanberes, anständig

## Mädchen

von 15—17 Jahre, gelucht, **Rodenbeck, Hainhof 27.**

Eine große

## Magd

bei hohem Lohn gesucht. **Wilschütz, Gut 6.**

Ordentliches, ehliches

## Mädchen

nicht unter 20 Jahren zur Führung eines kleinen bürgerlichen Haushaltes mit Familienanschluss bei gutem Lohn und Essen zum 1. Oktober 1919 nach Raumburg gelucht.

Frau Stöbers, gr. Marienstr. 4.

Stiftung, Druck und Verlag von D. O. Lieferenz Leuchtern.

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementspreis: Die fünfzehnjährige Korrespondenz 20, Anzeigensätze 30 B.

Abgabeannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitungsstraße 0, bis spätestens nachmittags 9 Uhr. Später als nachmittags 9 Uhr eingehende Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stierzahlreicher Bezugspreis: nach unserer Geschäftsstelle 1,75 RM. von unseren Boren ins Haus gebracht 1,95 RM und durch den Postträger 1,95 RM.

Stierzahlreiche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungsstraße 0, auch von unseren Boren nach allen Postanhalten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 113.

Donnerstag, den 25. September 1919.

158. Jahrgang.

## Neue Entscheidungen.

Bisher ist die Entente nicht von ihren Erklärungen abgewichen, daß sie an dem Prozeß gegen den deutschen Kaiser, die deutschen Staatsmänner und Wehrführer festhalte, obwohl schon Stimmen laut wurden, das Gerichtsverfahren werde nicht stattfinden, weil in England und Amerika weite Kreise dagegen seien. Man kann nach der jüngsten Wiener Veröffentlichung über die Vorgeschichte des Krieges wohl annehmen, daß der Prozeßbezug fast ausschließlich abgedünnt werden wird, denn es steht nunmehr fest, daß die maßgebenden deutschen Kreise Österreich gegenüber lediglich ihre Bündnistreue betont, aber das Kriegskulminatum des Wiener auswärtigen Ministers Grafen Berchtold nicht vorher gekannt, und ebensowenig mit bestimmten feindseligen Absichten Englands und Frankreichs gerechnet haben. Es bleibt also nichts von einer Schuld, das heißt von einer bewußten Absicht, den Weltkrieg herbeizuführen, übrig.

Es ist herauszusehen, daß die für das österreichische Ultimatum an Serbien verantwortlichen Stellen jetzt erklären werden, daß ihnen ebenfalls nichts ferner gelegen habe, als den Weltkrieg zu entzünden, sondern daß nur der Stolz mit Serbien habe aus der Welt geklopft werden sollen. Wenn es feststeht, daß die russische Kriegspartei zum Beginn der Feindseligkeiten entschlossen war, so hätte allerdings ein Verzichtserklärung der Regierung ein milderes Ultimatum auch nicht geholfen. Jedenfalls hätte sie aber vermeiden müssen, die Note nach Belgrad abzusenden, bevor die Berliner Stellen von dem Wortlaut des Schriftstückes Kenntnis erhalten hätten. Gerade weil der deutsche Kaiser und der Reichstagler fest auf dem Boden des Bündnisses standen, mußte es für sie selbstverständlich sein, vor dem allerletzten entscheidenden Schritt in Wien die genaueste Information zu erhalten.

Wäre die Friedensliebe bei der Entente größer gewesen, hätte sie die Dinge nicht so zu überfliegen brauchen, wie es geschehen ist. Wenn England und Serbien nicht Exterritorialität anstreben zu lassen gedachte, so müßte es vor allen Dingen abwarten, was mit Serbien geschehen würde. Und England hätte nicht nötig, sich für England so, wie es geschehen ist, ins Zeug zu legen. Nachdem für uns der Weltfriedentrieg entschieden war, blieb jedenfalls für uns nichts übrig, als den Kriegssplan des früheren Generalkommandos Grafen Schlieffen, den Einmarsch in Belgien, zur Ausführung zu bringen. Bei einem Angriff nur gegen die französischen Grenzbesetzungen hätten wir uns nicht geopfert.

Wenn die Entente eine Schuld Deutschlands am Weltkrieg auf Grund der neuen Feststellungen betonen muß, so kommt sie vielleicht auch zu einer vernünftigen Berechnung der Kriegskostenentschädigung, die 600 Milliarden berechnet hat. Der französische Abgeordnete Marin, hat in der Pariser Deputiertenkammer nur 445 Milliarden herausbekommen, und auch das ist ein Betrag, bei dem nur der „Sieger“, aber nicht die „Verwundeten“ mitgerechnet hat. Daß Deutschland bei den obwaltenden Verhältnissen auch diesen Betrag nicht zahlen kann, ist außer Zweifel. Er muß daher erwägt werden. Wenn Pariser und Londoner Zeitungen geschrieben haben, wir bräuchten ja nur zu arbeiten, um unseren Verpflichtungen nachzukommen, so muß die Entente dazu bedenken, daß wir Geld zum Kauf der Arbeitsmittel und der Nahrung haben müssen. Wenn alles Geld nur an die große Entente kasse abgeliefert werden soll, erklärt zudem die Lebensfreude. Und ist die Fort, so hört auch bei dem fleißigsten Menschen die Arbeitsfreude auf. Es bedarf also neuer Entscheidungen, die der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragen. Daß wir nicht weniger Steuern zu zahlen haben werden, als die Franzosen, wie der Friedensvertrag besagt, darüber können sie ganz ohne Sorge sein.

## Preussische Landesversammlung.

Berlin, 23. September 1919.

Die Sitzung wurde mit kleinen Anfragen eröffnet. Abg. Dr. Rosenfeld fragt, ob es richtig sei, daß die Berliner Polizei militärisch organisiert werden solle. Ein Mitglied der Opposition erwiderte: Die Berechnung der Gefahren durch das zunehmende Verbrechertum machen es notwendig, die Sicherheit besser als bisher auszugestalten. Es muß dafür gesorgt werden, Mannschaften in genügender Zahl in Bereitschaft zu halten, die im Bedarfsfall genügend rasch einrücken. Sie müssen durch ihre Unterbindung von Angriffen geschützt werden, wie die Schulante in ihrer Privatwohnung ausgegliedert werden.

Der Abg. Ebersbach (Deutsch. Vp.) fragt ob dem preussischen gehobenen Unterbeamten eine gleiche Gehaltszulage gewährt werden soll, wie den gleichen Beamten der Reichsverwaltung. Ein Regierungsexperte erklärt, daß die Angelegenheit nach der Prüfung unterliege.

Hierauf wird die zweite Beratung des Haushaltsplanes für das Ministerium für Volkswohlfahrt vertagt.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.): Bei der Haushaltsaufstellung kann die Hilfe der Kirche nicht entzogen werden. Wegen politischer oder konfessioneller Bedenken darf keiner zurückgeschritten werden. Bei der Erziehung der Jugend darf der Staat nur helfen, soweit die Frauen sich ohnmächtig erweisen. Die Frauenerziehung muß weniger mit dem Eros, als mit Hilfe und Hilfe erfolgen; sie muß des Haushaltscharakters entbehren. (Sehr richtig!) Wohlwollend stützt die amerikanischen Einrichtungen. Der sozialdemokratische Antrag, das Gesundheitswesen zu sozialisieren, lehnen wir ab.

Ein Vertreter der Medizinabteilung: Die Erkrankungen an Alkohol sind auf ein Minimum gesunken. Die Frage der Enzanglassierung des Medizinwesens ist noch nicht geklärt.

Abg. Zimmer (Soz.) verlangt in der Gesundheitspflege mehr vorbeugende Maßnahmen.

Abg. Frau Lauer (Str.) schildert die umfassende Tätigkeit der kirchlichen Vereine auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt.

Nach weiterer Aussprache wird der Etat angenommen, ebenso die Anträge zur Förderung der Gesundheitspflege und des Wohnungswesens.



nach einem Bericht aus Bremen haben sich die Fischdampfer-Besitzer in der Bremer Hafenarbeiter-Verbande vereinigt.

Trochender Generalfreier der Metallarbeiter in Berlin. Die Vertrauensleute und Obleuten der Metallindustrie in Berlin beschließen einstimmig, den Metallarbeitern den Generalfreier zu empfehlen. Die letzte Entscheidung liegt bei den Arbeitern in den Einzelbetrieben, die am Dienstag mittag abstimmen.

Die Tarifbewegung in der Dortmunder Hütten- und Metallindustrie.

droht sich zu einem gewaltigen Kampfe auszuweiten. Bis Mittwoch abend muß die Abstimmung der Arbeiter, die über den Eintritt in den Streik entscheiden soll, erfolgt sein. Die Mitglieder der christlichen Metallarbeiter-Verbande, eines Teils der Dortmunder Werke nahmen am Sonntag zur Sachlage Stellung und stimmten über einen eventuellen Arbeitseinstieg ab. Um eine Befriedigung der nachfolgenden Besammlungen zu vermeiden, wurde das Stimmresultat nicht festgestellt.

Metallarbeiterstreik in ganz Amerika. Der sich über ganz Amerika erstreckende Stahlarbeiterstreik hat am Mittwoch den 22. September begonnen. Meldungen aus Pittsburg, Chicago, Cleveland und anderen Orten erwarten, daß Landeseinstieg ab. Um eine Befriedigung der nachfolgenden Besammlungen zu vermeiden, wurde das Stimmresultat nicht festgestellt.

Der sich über ganz Amerika erstreckende Stahlarbeiterstreik hat am Mittwoch den 22. September begonnen. Meldungen aus Pittsburg, Chicago, Cleveland und anderen Orten erwarten, daß Landeseinstieg ab. Um eine Befriedigung der nachfolgenden Besammlungen zu vermeiden, wurde das Stimmresultat nicht festgestellt.

## Bur Lage.

Das Inkrafttreten des Friedensvertrages. Freilich v. Lersner unterzeichnete in Versailles in geschlossener Sitzung das mit den alliierten und assoziierten Regierungen vereinbarte Protokoll betreffs Artikel 11 der Friedensverfassung. Auf Seiten der Alliierten unterzeichneten für Frankreich Reichsminister Jules Cambon, für England Sir Eric Crowe, für Amerika Unterstaatssekretär Holt, für Italien Minister Scialoja, für Japan Reichsminister Matsumi. Am 1. Oktober zieht die deutsche Friedensdelegation an. Sie tratete in Paris in der Nähe der Marzfeldes unter Beschiebung. — Danting besitzt die Behauptung Vallets, daß er gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages sei. Er empfiehlt seine Annahme.

Politische Note wegen Vorkriegs. Freilich von Lersner übergab sich eine Note, in der gegen die Haltung des Majors Bastiani protestiert wird, der anfänglich von Unruhen in Vorkriegs versucht hatte, in diesem Lande eine unabhängige rheinische Republik auszurufen.

Der Aufsicht der Nationalversammlung zur Beratung des Betriebsrätegesetzes begann seine Beratungen. Er beschloß, die Einladung der industriellen Verbände zur Teilnahme an einer Aussprache über das Gesetz anzunehmen. In der Generaldebatte erklärte der Reichsminister, Abg. Erlesen (Dem.), den Grundgedanken des Gesetzes für gut, seine Ausführung aber für falsch. Gewerkschaften und Unternehmerverbände gestanden zur Vertretung der beiderseitigen Interessen.

Der Reichsminister legte einen von ihm ausgearbeiteten Vorschlag vor. Er teilte an den Besprechungen, daß diese in ihrer Fassung aus der Nationalversammlung in den Betrieben führen müsse. Abg. C. (Str.) behauptete die Gegenüber, daß auf der einen Seite verhandelt würde, radikal zu sozialisieren, während andererseits die Unternehmer diktorisch herrschen wollten. Im Betriebsrat müßten alle Gruppen der Arbeiter und Angehörten gleichberechtigt vertreten sein.

Der Haushaltsentwurf der Nationalversammlung hielt am Dienstag seine erste Sitzung in Berlin ab. Man beriet den Etat des Reichsfinanzministeriums. Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt blieben entsprechend dem Antrag des Reichsfinanzministers, Abg. Barm (L. E.) unverändert. Bei der Beschreibung der Ausgaben infolge von Mittelsparungen des Finanzministers über die Durchführung der Reichsfinanzorganisation. Minister Erberger betonte: An guten bestehenden Steuerorganisationen, wie in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen werde kaum etwas zu ändern sein, in Preußen und in anderen Staaten müsse jedoch gründlich reformiert werden. Im ganzen Reiches müßten 20 Landesfinanzämter mit je einem Präsidenten an der Spitze errichtet werden. Der Minister forderte die Anstellung eines weiteren aus der Beamtenklasse hervorgegangenen Unterstaatssekretärs als Vertreter des Ministers.

Neue Regierungsvorhaben. Die Preussische Staatsregierung hat den Geheimen Regierungsrat im Vorsitzenden von A. in Ministerium des Innern, Freilich von Lersner, zum Reichsminister der Regierung ernannt. Der zum Präsidenten von Sigmaringen ernannte Amtsgerichtsrat Dr. Beller ist Mitglied der Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung. Der Schriftsteller Bartels ist Sozialdemokrat und der Stadtrat Dr. Hansmann Demokrat.

Die Abstimmung in Nordschleswig kann, wie ein Pariser Korrespondent nach Dänemark dröhrt, wegen der Hinauszögerung der Ratifizierung des Friedensvertrages in Frankreich und Amerika in der ersten Phase in Schleswig erst Mitte November feststehen. In der zweiten Phase kann sogar erst 1924 voranommen werden.

Finanzkonferenz in Hamburg. Unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers Dr. Südemann-Berlin sind in Hamburg die Finanzminister der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen und Baden zu einer freizügigen Verhandlung zusammengetreten. Die Beratungen werden zwei Tage in Anspruch nehmen und dienen einer Aussprache über die Finanzlage der Einzelstaaten. Der Beschreibung wohnt auch der preussische Minister für öffentliche Arbeiten, Lefer, bei.

Erhöhung des Weltportos? Der spanische Postminister erklärte, es sei wahrscheinlich, daß vom 1. Januar 1920 an das Weltpostporto für Briefe von 20 auf 40 Centi mehr erhöht werde. Die Weltpostverein angehörenden Staaten hätten sich mit großer Mehrheit für diese Erhöhung ausgesprochen. Dies wird von unterrichteten Stellen bestritten. Da dem Weltpostverein über 70 Verwaltungen angehören, wäre es